

kommunalpolitisches
forum



Land Brandenburg e.V.

Kommunal aktuell

Wirken gegen Rechts in den Kommunen

Beiträge zur Diskussion

Detlef Baer, Stellvertretender Vorsitzender des Aktionsbündnisses gegen
Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Martin Müller stellv. Vorsitzender HOLON e.V.)

Kerstin Kaiser-Nicht, MdL,

innenpolitischer Sprecherin der Landtagsfraktion der PDS

anlässlich des kf- Tages am 23.August 2003

Detlef Baer

Stellvertretender Vorsitzender des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Referat auf dem kommunalpolitischen Tag des kommunalpolitischen Forums, Land Brandenburg e.V. zum Thema: „Wirken gegen Rechts in den Kommunen“ am 23. August 2003

Entwicklung von Akzeptanz und Toleranz als Grundwert kommunaler Verantwortung und Vorbildwirkung vor dem Hintergrund der am 26. Oktober 2003 stattfindenden Kommunalwahlen

Das ist das Thema, unter dem man mich hier heute eingeladen hat. Man möge es mir nachsehen, dass ich Schwierigkeiten mit „Bandwurmthemen“ habe, fehlte doch eigentlich nur noch der Zusatz „unter besonderer Berücksichtigung von...“ und ich könnte noch hinzufügen „aus der Sicht des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Aber ich gebe zu, dass solche Themen einen mit jedem Substantiv in weiteren Erklärungszwang bringen – denn was meint man mit „Akzeptanz und Toleranz“, was mit „Vorbildwirkung“ und was – bitte sehr - ist „Grundwert kommunaler Verantwortung“?

Ich behalte die Begriffe im Auge, aber erwarten Sie bitte nicht von mir, dass ich mich von Begriff zu Begriff hängele, sonst bin ich heute Abend noch nicht fertig.

Man wirft ohnehin mit so vielen Begriffe um sich, sei es Globalisierung oder Vernetzung oder Zivilgesellschaft, unter denen jeder etwas anderes versteht.

Und in dem Zusammenhang fällt mir immer das Zitat des Soziologen Niklas Luhmann ein: „Die heutige Wiederaufnahme dieses Begriffs Zivilgesellschaft hat so deutlich schwärmerische Züge, dass man, wenn man fragt, was ausgeschlossen wird, die Antwort erhalten wird: die Wirklichkeit.“

Und an der Wirklichkeit will ich mich heute orientieren.

Doch vorab noch ein paar Worte zu einem weiteren Begriff: Es ist mittlerweile Usus – so auch im Thema dieser Veranstaltung - von Aktivitäten *gegen rechts* zu sprechen und dabei wohl eigentlich rechtsextrem zu meinen. Ich brauche Ihnen nicht zu erläutern, wie die Begriffe rechts und links aus der Sitzordnung der Parlamente im 19. Jahrhundert entstanden sind und so irritiert es mich, dass rechts für viele Demokraten zu einem Schimpfwort geworden ist. Auch die Innenministerkonferenz hat den Terminus „rechtsorientierte“ Straftaten in ihren Statistiken eingeführt. Es wäre schön, wenn man in seinem Sprachgebrauch präziser sein könnte.

Das Aktionsbündnis ist nicht unparteiisch, sondern überparteiisch – wir setzen uns an der Seite aller Demokraten für Toleranz und Menschlichkeit gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ein.

Wir befinden uns in Brandenburg im Wahlkampf, wenn auch nicht mit den Resonanzen wie bei Landtags- oder Bundestagswahlen, aber es werden doch in der politischen Auseinandersetzung andere Schwerpunkte gesetzt.

Wir haben Erfahrungen damit und leider nicht die besten:

Im Bundestagswahlkampf gab es für viele offensichtlich die Versuchung den Wahlkampf populistisch zu instrumentalisieren und das Thema „Ausländer“ und Zuwanderungsgesetz zum Wahlkampfthema zu machen und so Ängste zu schüren, weil man wohl annahm, dass die Wähler so etwas „goutieren“.

Was Kommunalwahlkampf angeht, habe ich Argumente in Guben in ganz schlechter Erinnerung, wo man dem Bürgermeister vorwarf, er interessiere sich ja mehr für die Ausländer als für die Deutschen, er mache die Stadt schlecht, wenn er von einer Hetzjagd auf den Algerier Omar Ben Noui gesprochen habe – und überhaupt, was hatte der so spät noch auf der Straße zu suchen.... Sie wissen, dass der so angegriffene Bürgermeister Hain nicht wiedergewählt worden ist.

Überall in Deutschland haben die Kommunen in den letzten Jahrzehnten einen gewaltigen Funktionswandel erfahren, die Aufgaben der Kommunalpolitiker haben sich erheblich gewandelt. Vom obrigkeitlichen Stadtregiment zur bürgerlichen Kommunalpolitik und darüber hinaus ist jetzt von neuen Steuerungsmodellen die Rede und es ist vom eignen Selbstverständnis schon ein erheblicher Unterschied, ob man eine Kommune wie einen Betrieb optimal managen will oder ob bürgerliches Engagement und Diskussion im Vordergrund steht.

Dies bedeutet auch einen erheblichen Unterschied für die Rolle eines Bürgermeisters. Ein Manager, der einen Dienstleistungsbetrieb gewinnorientiert und geräuschlos am Laufen hält, kann mit dem Begriff Vorbildfunktion eigentlich gar nichts anfangen. Ich habe auch Sorge, wenn man mit moralischen Kriterien an die Kommunalpolitiker herantritt und ein Bürgermeister quasi mit einem Heiligenschein herumlaufen sollte. Wir haben uns an Politikerschelte gewöhnt, die nicht immer fair und angemessen ist, insbesondere wenn man Politiker mit einem anderen Maßstab als „normale“ Menschen misst.

Sie haben für heute ein umfangreiches Programm und ich fürchte, es wird bei den Referaten auch Überschneidungen geben.

So will ich ein paar Thesen und Fragen und vielleicht auch ein paar Antworten in den Raum stellen, über die man dann auch besser diskutieren kann.

Wie es in den Kommunen mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus aussieht, erfahren Sie in anderen Referaten, so stelle ich zunächst die Frage, wie gehen Kommunalpolitiker damit um.

1.

Kommunalpolitiker haben drei Varianten, mit Problemen in ihrer Stadt umzugehen:

- Sie können sie unter den Teppich kehren, bagatellisieren
- Sie können andere dafür verantwortlich machen
- Sie können sie erkennen, annehmen, verantworten, verändern

- Unter den Teppich kehren, bagatellisieren

Da gibt es die dazugehörigen Schlagworte:

„Das gibt es bei uns nicht.“

„Das war doch ganz harmlos.“
„Das sind doch unsere Jungs.“
„Ihr wollt uns nur schlecht machen.“

Eine Perspektive schränkt jeden Handlungsspielraum ein, die **Sorge vor „Nestbeschmutzern“**, die **Angst um den guten Ruf**. Noch immer gibt es Kommunalpolitiker, die Angst haben, der Ruf des Ortes könnte Schaden nehmen, wenn sie zugeben, dass es ein Problem gibt. Die mit dem Finger auf Orte mit furchtbaren Ereignissen zeigen, wie Mahlow, Trebbin, Guben, Wittstock und einfach nicht wahrhaben wollen, dass es auch in ihrem Ort genauso passieren könnte. Das gleiche Phänomen zeigt sich an Schulen, in denen der Direktor verkündet, dass es keine Probleme gibt – es könnte ja der Ruf der Schule leiden. Oder die Gewerkschafter und Arbeitgeber, die sagen, Rechtsextreme gibt es in unseren Betrieben nicht. Dies könnten ja nur Arbeitslose sein.

Auch die Berichterstattung spielt eine große Rolle. Sie ist eine Gratwanderung zwischen Bagatellisierung und Skandalisierung. Häufig werden insbesondere von der überregionalen Presse sofort vernichtende Urteile über einen Ort, eine Stadt gefällt. Die Einwohner fühlen sich zu Unrecht angegriffen, es entsteht eine „Wagenburgmentalität“, die eine sachliche Diskussion kaum zulässt. Der Bürgermeister sieht keine andere Möglichkeit, als sich vor die Stadt zu stellen. Nuancen gehen in Schwarz-Weiß-Malerei unter. Örtliche Journalisten fürchten Kritik der Wirtschaft, dass man den Standort schlecht mache und Arbeitsplätze gefährdete und sehen in einer kritischen Würdigung der örtlichen Fremdenfeindlichkeit auch einen „Ritt gegen einen Teil der Leser“. So scheinen die Medien nur schwer ein „objektives“ Bild der Lage geben zu können.

- Andere dafür verantwortlich machen

Nach wie vor bestimmt der Glaube an die Allmacht und die Allzuständigkeit des Staates das Denken vieler Brandenburger. Schnell greift die latente Auffassung, dass es für die Bekämpfung von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit den Staat – genauer gesagt die Polizei - gibt. „Die da oben“ sollten dies abzustellen oder in den Griff bekommen. In der Perspektive vieler Brandenburger – auch der Kommunalpolitiker - ist es ein polizeiliches und kein gesellschaftliches Problem.

Besonders kritisch wird es, wenn man in den potentiellen Opfern die Verantwortlichen sieht, wenn man glaubt, die Probleme wären geklärt, wenn man in der Stadt keine Ausländer hätte.

- Erkennen, annehmen, verantworten, verändern

Es ist klar, dass diese Variante meine Zielgröße ist, aber wir müssen wissen, dass Negieren, Bagatellisieren und die Verantwortung bei anderen zu suchen einen großen Stellenwert im Lande hat, bei den Wählern und den Politikern gleichermaßen. Die notwendigen vier Schritte sind unter Umständen ein schwieriger Prozess.

Aber nur wenn man

- die Probleme in seiner ganzen Bandbreite erkennt,
- sich des Problems annimmt,
- die Verantwortung akzeptiert,
- kann man etwas verändern.

2.

Kommunalpolitiker haben drei Varianten ihre Bürger mit einzubeziehen

- **Ich mache meinen Job, du machst deinen Job**
- **Nur einbeziehen, wo man es für sinnvoll hält**
- **Initiativen anregen und mit ihnen zusammenarbeiten**

Machen wir uns nichts vor, unser Leben und unsere Welt ist kompliziert geworden. Es gibt viele Bereiche, die nur noch von Experten durchschaut werden können. Das kann man bedauern, aber das ist so. Die Arbeitsteilung darf aber nicht so weit führen, dass Dinge, die eigentlich die Grundlagen des Zusammenlebens ausmachen, zu einer Expertenfrage werden.

In vielen Städten haben sich lokale Initiativen zusammengefunden, mit den Namen wie Plattform gegen rechts, Aktionsbündnis, Netzwerk für ein tolerantes.....oder runder Tisch gegen Gewalt. In der Regel gab es einen konkreten Auslöser, der dann die Bürger an einen Tisch brachte. Das Verhältnis zwischen der Stadtverwaltung und den Initiativen ist sehr unterschiedlich. In welcher Form und in welcher Intensität sich die kommunale Verwaltung bei der Unterstützung von Initiativen beteiligt, variiert von Kommune zu Kommune von dankbarer Zustimmung und Unterstützung über Gleichgültigkeit („macht mal!“) bis zu Aversion. Der Startschuss zur Bildung einer Initiative ging in manchen Kommunen auch von der **Verwaltung** aus. Einzelne Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben wesentlichen Anteil am Aufbau von örtlichen Initiativen. Die Motive dafür waren unterschiedlich: Korrektur des Images der Kommune in der Öffentlichkeit/den Medien, moralische Entrüstung, Druck von Bürgerinitiativen u.a. Wie in anderen Bereichen hängt es auch in den Verwaltungen davon ab, ob sich dort Personen finden, die sich dem Thema Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit stellen. Über viele Jahre war aus einer Reihe von Amtsstuben Zurückhaltung zu verspüren: Das Thema wurde verschwiegen, verdrängt oder heruntergespielt oft aus Scham und Hilflosigkeit. Zwischenzeitlich hat sich das deutlich verringert. Diese Veränderungen hängen eng mit der öffentlichen Diskussion vor allem vor Ort ab.

3.

Kommunalpolitiker haben drei Varianten mit seinen Bürgern umzugehen:

- Sie können dem Bürger nach dem Mund reden (Populismus)
- Sie können dem Bürger widersprechen
- Sie können den Bürger führen

Häufig werden Politiker angegriffen, weil sie eine fremdenfeindliche Politik betrieben und quasi dem „unschuldigen Wähler“ diese Politik zumuteten. Ganz so einfach ist das nicht. Nicht selten orientiert sich der Politiker an der Stimmung der Bevölkerung, die er zu erkennen glaubt. Schon wieder haben wir eine Gradwanderung, diesmal nicht zwischen Bagatellisierung und Skandalisierung, sondern zwischen Wunsch und Machbarkeit. Die Frage, was ist der Wähler bereit zu akzeptieren und was kann der Politiker mit seinen Auffassungen vereinbaren.

Ich hatte am Anfang schon das Beispiel aus Guben genannt. Und ich finde es unerträglich, wenn Politiker auf Stimmenfang gehen, in dem sie latente Vorurteile unterstreichen, Ängste schüren und Stammtischparolen propagieren.

Wir müssen davon ausgehen, dass es eine Grundstimmung in der Brandenburger Bevölkerung gibt, die durch Distanz und Unsicherheit gegenüber allem Fremden geprägt ist. Wenn dann ein Bürgermeister auch noch erklärt, „warum wundert ihr euch über Fremdenfeindlichkeit, wenn die Asylbewerber schon morgens im Park in der Sonne liegen, wenn die „braven Bürger“ zur Arbeit fahren, ist das ein fataler Weg. Wohl aber genauso falsch wäre es, mit abstrakten humanistischen Sprüche und Sonntagsreden die Bürger zur Menschenliebe bringen zu wollen. Die Weisheit, dass man die Menschen da abholen muss, wo sie sind, ist abgegriffen und manchmal wohl auch eine Ausrede, wenn man sich nicht traut, zügig genug voranzugehen. Aber man muss die Distanz und Unsicherheit gegenüber allem Fremden ernst nehmen und sie versuchen zu überwinden. Man muss erkennen, dass der Ausgangspunkt für Gewalt und Rechtsextremismus nicht bei den jungen Straftätern liegt (sie sind nur die Spitze des Eisberges), sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Dumme Sprüche am Frühstückstisch geben vielen Jugendlichen das Gefühl, sie würden mit Attacken auf Fremde eigentlich nur umsetzen, was man in der Erwachsenenwelt denkt.

4.

Es entsteht die Frage, **was erwartet ein Bürger eigentlich von seinem Bürgermeister**, denn wir müssen uns über Anspruch und Rollenverständnis im klaren sein.

- Ist es ein funktionierendes Dienstleistungsmanagement
- Ist es Mitsprache in der Gemeinde
- Ist es vielleicht mehr Sicherheit und Ordnung?
- Oder ist es ein menschliches Klima im Gemeinwesen?

Was bedeutet das - Klima im Gemeinwesen? Wie geht man miteinander um? Da gibt es vielleicht ein Identitätsgefühl, einen Zusammenhalt. Bedeutet das auch „offen sein“ oder eher „abgrenzen“? Weht ein bestimmter Geist?

Es gibt das neudeutsche Wort des Mainstreams und ich meine damit nicht Modeerscheinungen, sondern eine gewisse Grundhaltung, die „in“ ist und der man sich – eigentlich ohne weitere Überlegung – anschließt, weil man ja bei der Mehrheit sein will. Deutlich erkennbar ist das bei den Kids, bei denen es in manchen Gegenden wohl dazugehört, nicht nur bestimmte Kleidung zu tragen, sondern auch eine bestimmte Gesinnung zu haben. Man findet das o.k., denn die anderen sehen es ja auch so. Es gibt eben nicht durchgängig einen Minimalkonsens, der abfällige Äußerungen über fremde Menschen als nicht akzeptabel ächtet. Wer hat schon das Gefühl, dass er bei solchen Bemerkungen auf Unverständnis trifft, wer bekommt dann zu spüren, dass man so etwas nicht duldet? Dies zu ändern, ist eine Aufgabe auf allen Ebenen, aber eben auch in den Kommunen.

Im Land Brandenburg ist ein „bunter Teppich“ von Aktivitäten ausgebreitet: 1997 entstand das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. 1998 beschloss die Landesregierung das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg, das das Leitbild der Landesregierung: „Recht, Toleranz und Solidarität im Land Brandenburg – Wahrung der Würde und der Freiheit des

Menschen“ festlegte. Ein Handlungskonzept, das das gesamte Regierungshandeln bestimmen sollte – als Grundlage für alle Ministerien. Darüber hinaus wurden Beratungs- und Unterstützungssysteme installiert, wie das Beratungssystem Schule und das mobile Beratungsteam. Seit Ende 2000 gibt es etwa 150 Koordinatoren, die sich im örtlichen und regionalen Bereich für die Vernetzung aller Aktivitäten einsetzen. Sie decken bereits 380 Gemeinden ab. Schwerpunkte für ihre Arbeit sind die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Rechts-extremismus, Fragen der Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und die Zusammenarbeit mit den örtlichen Gremien der Kriminalitätsprävention. Die Resonanz vor Ort bei der Bitte um Einsetzung solcher Koordinatoren war sehr unterschiedlich: Manchmal sind es der Bürgermeister oder der Ordnungsamtsleiter selbst, manchmal aber auch die Ausländerbeauftragte oder der Jugendamtsleiter oder der Leiter einer Bildungsstätte, die sich dieser Aufgabe annehmen. In vielen Orten sind durch diese Koordinatoren interessante Aktivitäten entstanden, nicht selten macht sich jedoch auch Hilflosigkeit breit.

Handlungsbedarf gibt es in allen Wirkungsfeldern des öffentlichen Lebens: Familie, Schule, Beruf, Freizeit, Wirtschaft. Dazu bedarf es eines Netzes, das keinen Bereich auslässt. Wer versucht, dabei Vollständigkeit zu erreichen, alles zu überblicken oder gar zu koordinieren, wird scheitern. Sicher ist Vernetzen mittlerweile ein viel gebrauchtes Modewort, aber es birgt die Gefahr einer Überkoordinierung, die nur dazu führt, dass sich Strukturen mit sich selbst beschäftigen. Zu viele Netze neigen zum Verheddern. Doch solange nicht jeder einzelne begreift, dass auch er Verantwortung für die gesellschaftliche Situation trägt und etwas tun kann und tun muss, läuft staatliches und auch kommunales Engagement ins Leere.

5.

Gibt es Grenzen für Akzeptanz und Toleranz?

Ich will jetzt keine Begriffsdefinition von Toleranz versuchen, aber ich erinnere mich an eine Diskussion in Fürstenwalde am 4. April dieses Jahres, als man auf einer Friedensdemonstration den NPD-Vorsitzende Udo Voigt reden ließ, in der Auffassung man müsste in der Demokratie eben jeden zu Wort kommen lassen. Das Aktionsbündnis hatte genau an diesem Tag zusammen mit dem Mobilen Beratungsteam Hinweise zum praktischen Umgang mit Rechtsextremen auf Friedensveranstaltungen und Erläuterungen zur Motivation der Rechtsextremen herausgegeben. Was dann in Fürstenwalde geschah, hatten wir uns allerdings nicht ohne weiteres vorstellen können. Nicht wenige meinen nach dem gescheiterten Verbotsverfahren, die NPD müsse nun als demokratische Partei akzeptiert werden und sind unsicher, wie sie sich dennoch abgrenzen können. So mancher Veranstalter einer Friedensdemo ließ daher Rechtsextreme kritiklos agieren. Aber nach wie vor und nun noch mehr geht es um die politische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit einer menschenverachtenden Ideologie, die sich mitunter wie der Wolf im Schafspelz versteckt.

6.

Wir haben heute auf kommunaler Ebene ungeheuer viel Bürgerengagement in allen möglichen Formen. Gleichzeitig ist die kommunale Ebene aus der Perspektive der Staatsorganisation das schwächste Glied mit den geringsten Kompetenzen und den geringsten Ressourcen.

Trotzdem und vielleicht deshalb **zusammenfassend meine Forderungen an Kommunalpolitik:**

- Kommunalpolitik muss für ein weltoffenes Klima sorgen, in dem jeder willkommen ist und sich jeder heimisch fühlt.
- Sorgen und Ängste der Menschen müssen ernst genommen und nicht geschürt oder ausgenutzt werden
- Probleme müssen auf den Tisch, analysiert und diskutiert und nach einer akzeptablen Lösung gesucht werden
- Bestehende Angebote von Staat und Zivilgesellschaft müssen in Anspruch genommen und lokale Initiativen unterstützt werden

Denn unsere gemeinsamen Ziele sind:

- sich den Realitäten zu stellen, nicht wegzusehen, nicht zu bagatellisieren,
- Bewusstsein für Toleranz und gegen Gewalt zu schaffen
- der alltäglichen Gewalt und dem alltäglichen Rassismus die Zivilcourage gegenüberzustellen,
- sich der Verantwortung für das Klima im Land zu stellen
- und es langfristig zu verändern.

Fremdenfeindlichkeit in Brandenburger Kommunen?

Martin Müller (HOLON e.V.)

0. Einleitung

Ich möchte das Thema etwas erweitern, denn ich meine, mit dem bloßen Focus auf **Fremdenfeindlichkeit** kommen wir in der Regional- und Kommunalpolitik nicht sehr weit! Die Konzentration auf **Feindlichkeit** führt lediglich zu Antihaltungen gegen Einstellungen und Personen und zur Forderung nach Abbau **negativ getöner Einstellungen, Haltungen und Handlungen**. Diese Position ist in Brandenburg sicher sehr nötig. Was wir aber darüber hinaus benötigen, sind **Freundlichkeit, Offenheit, Akzeptanz und Integrationsangebote**.

Deshalb will ich die Frage in erweiterter Fassung formulieren. Sie lautet nun: **Wie offen, attraktiv und integrationsfähig sind Brandenburg und seine Kommunen für ausländische Menschen?**

Lassen wir einige Zahlen sprechen:

Ganz Deutschland verzeichnete 1995 eine ausländische Wohnbevölkerung von 7,7 Millionen. Das entspricht 8,8% der Gesamtbevölkerung. Die Einbürgerungsrate für den Zeitraum 1986 bis 1994 – bezogen auf die ausländische Bevölkerung im Jahre 1985 lag in Deutschland bei ganzen 5%. Zum Vergleich: in Schweden lag sie bei 59% und in den Niederlanden bei 45%. Das heißt, was den Faktor Integration betrifft steht Deutschland insgesamt in Nord- und Mitteleuropa nicht besonders gut da. Nach Angaben des Landesamtes für Statistik lebten 1989 27.430 so genannte ‚Nichtdeutsche‘ im Land. 1997 waren es 58.480, was 2,3% der Wohnbevölkerung entspräche. Im Jahre 2000 sollen es 62.282 gewesen sein – 2,4%. Diese Zahlen beinhalten aber einen kleinen statistischen Trick. Deutsche und Ausländer ziehen im Verlaufe eines Jahres nach Brandenburg, andere verlassen das Land. Dies gilt

insbesondere für Asylsuchende. Die aufgeführten Zahlen beinhalten nämlich mit hoher Wahrscheinlichkeit alle ausländischen Menschen, die im Verlaufe des Jahres 2000 kurzzeitig oder länger einen Wohnsitz im Land hatten. Es handelt sich dabei nicht um Stichtagszahlen, wie sie für die Angabe der gesamten Wohnbevölkerung üblich sind. Berechnet man die Einzeldaten für die ‚Nichtdeutsche Bevölkerung‘ am 31.12.2000, also zu einem Stichtag, dann kommt man auf eine ganz andere Zahl: 47.841. Dies entspräche 1,8% der Wohnbevölkerung. Davon stammten 31.501 – also die deutliche Mehrheit – aus Europa. Die Mehrzahl ausländischer Menschen ist auf den ersten Blick also nicht einmal als Ausländer identifizierbar. Nur 3392 stammten aus Afrika, 1794 aus beiden Amerika und 11.154 aus Asien. Die 5.457 Menschen aus Vietnam stellen die größte asiatische Bevölkerungsgruppe.

Fazit:

Gegenüber 1989 leben heute nur unwesentlich mehr Ausländer im Land. Weniger als ein halbes Prozent der Wohnbevölkerung ist auf den ersten Blick als Ausländer identifizierbar. Die Zahlen besagen aber auch: Brandenburg ist für ausländische Menschen wenig attraktiv. Das Land, seine Kommunen besitzen wenig Anziehungs- und Integrationskraft.

Die Ursachen für diesen Zustand sehe ich in einer Reihe von Faktoren, die in hohem Maße für Brandenburg, aber eben nicht nur für dieses Land, charakteristisch sind. Dazu gehören:

1. Eine negativ getönte Grundstimmung gegenüber ausländischen Menschen bei der Hälfte beziehungsweise einer starken Minderheit der Einwohner. Sie geht einher mit der Erwartung extrem starker Anpassungsleistungen an Fremde.
2. Eine extrem schlechte Arbeitsplatzsituation im Land.
3. Restriktives bis destruktives Behördenhandeln.
4. Die Ignoranz gegenüber den kommunalen Chancen, die in der Aufnahme ausländischer Menschen liegen.

Die Punkte 1 – 4 sind natürlich nicht unabhängig voneinander. Sie sollen hier nacheinander diskutiert werden.

1 Eine negativ getönte Grundstimmung gegenüber ausländischen Menschen

Wir haben diese Grundstimmung unter anderem im Jahre 2001 mit der empirischen Studie ‚Fremde im Land Brandenburg‘ belegt. Ich möchte nochmals einige ausgewählte Ergebnisse erwähnen, ohne das ganze Zahlenmaterial auszubreiten.

- Ihre eigenen Kenntnisse bezüglich fremder Sitten, Bräuche und Religionen schätzen die meisten Befragten als gering oder nicht vorhanden ein.
- Das starke Interesse einer Mehrheit der Brandenburger an fremden Kulturen schließt nicht das Interesse an ausländischen Menschen ein!
- Nur eine Minderheit empfand die Anwesenheit ausländischer Menschen im Ort als Bereicherung. Zumindest meinte die knappe Hälfte, ausländisches Essen und fremde Kulturen – gemeint ist hier Folklore - würde die Attraktivität des Wohnortes erhöhen

Im Klartext bedeutet dies: Ja, ich will das Chinarestaurant und den vietnamesischen Imbiss – aber mit den Leuten will ich nichts zu tun haben.

- Den meisten Befragten war die Freiheit der Wohnort- und Arbeitsplatzwahl im gesamten Geltungsbereich der Europäischen Union nicht bewusst.
- Die Kenntnisse im Kontext des Asylrechts waren gering.
- Eine knappe Mehrheit meinte, im Wohnort beziehungsweise im Land gäbe es schon genug Fremde. Ein Drittel meinte sogar, der weitere Zuzug ausländischer Menschen würde die Situation im Ort nur unnötig verschärfen.
- Eine Mehrheit war bereit, Asylsuchende und Spätaussiedler in ihren Kommunen aufzunehmen. Mehr als drei Viertel der Befragten sprachen sich aber für dezentrale Unterbringungen in Wohnungen – nicht in Heimen! – aus. Und neun Zehntel der Befragten forderten rechtzeitige Gespräche und Informationen, falls eine solche Unterbringung bevorstünde. Bis auf diesen entscheidenden Aspekt zeigten sich die meisten an kommunaler Asylpolitik völlig desinteressiert.
- Gegen Nachbarn aus nichteuropäischen Familien und gegen die Einheirat nichteuropäischer Fremder in ihre Familien hatten die meisten Befragten keine Einwände. Dies scheinbare Vorurteilslosigkeit kann aber nur vor dem Hintergrund des Integrationsbegriffes der Brandenburger verstanden werden.
- Ihr Verständnis von Integration tendiert zur Forderung nach starker Anpassung und Unterordnung unter Kulturmuster in Deutschland. Fast drei Viertel erwarten, dass sich ausländische Menschen nicht nur in der Öffentlichkeit verhalten wie Deutsche, sondern auch zu Hause. Jeder zehnte Befragte sah sich durch Ausländer bedroht.

Nun zu einigen eher positiven Aspekten:

- Eine deutliche Mehrheit meinte, man müsse sich mehr um die Sicherheit ausländischer Mitbürger kümmern. Mit ‚man‘ meinten aber nur die wenigsten sich selbst, sondern die Polizei und andere Behörden.
- Eine starke Mehrheit trat für die Integration ausländischer Mitbürger in das kommunale Leben ein. Nur, was sie unter Integration verstehen, habe ich bereits dargestellt.
- Geld statt Sachleistungen für Asylbewerber trifft auf die Zustimmung der Mehrheit. Ebenso sollte jedes in Deutschland geborene Kind die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Die Erteilung der Staatsbürgerschaft nach 5 Jahren Leben und Arbeiten in Deutschland fand die Akzeptanz einer knappen Mehrheit.
- Vier Fünftel plädierten dafür, ausländischen Menschen mehr Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache zu geben.

Fazit: Von ausländischen Menschen wird in Brandenburg vor allem verlangt, dass sie sich so verhalten wie Brandenburger. Die Toleranz gegenüber kulturellen Differenzen ist sehr gering. Der Kulturbegriff tendiert dahin, auf die ‚Kultur des Essens‘ reduziert zu werden. Die mentale Grundstimmung der Bewohner unseres Landes scheint wenig geeignet, ausländische Menschen zu halten oder gar zum Kommen anzuregen.

Aber es gibt noch andere Aspekte, die das Bleiben in den Kommunen Brandenburg erschweren. Dazu gehören

2 Eine extrem schlechte Arbeitsplatzsituation im Land

Ganz Ostdeutschland und damit auch Brandenburg haben mehr als ein Jahrzehnt hoher Arbeitslosigkeit hinter sich. Dies stellt einen Faktor dar, der einige schwerwiegende Konsequenzen hat.

Die mangelnde Kenntnis ausländischer Kulturen, Probleme bei der Anpassung an das westdeutsche Modell und offensichtliche Nichtgleichbehandlungen Ostdeutscher haben insgesamt in Brandenburg zu einem massiven Misstrauen und starken Abgrenzungsbestrebungen gegenüber Fremden geführt. Die Ergebnisse wurden unter Punkt 1 beschrieben. Die hohe Arbeitslosigkeit verstärkt diese Tendenz nun noch. Verletztheit führt zu Narzissmus. Letzterer führt immer wieder zu der Frage: Können sie (also die Fremden, Andersartigen) uns (also den weißen Brandenburger Bürgern) Arbeitsplätze oder Gelder streitig machen? – Die Antwort ist: Lieber keine Ausländer reinlassen und das Risiko auf ein Minimum reduzieren. – Dabei ist die Antwort völlig unlogisch. Denn es wird gar nicht auf der gleichen Ebene konkurriert. Mit der Selbstaussbeutung eines vietnamesischen Imbissbetriebes im Familienbetrieb (der ja am besten 24 Stunden offen sein sollte) kann gar kein Brandenburger in Konkurrenz treten. Wer würde nur im Ernst daran denken?

Damit ist auch schon eine zweite Konsequenz berührt. Brandenburger erleben ausländische Menschen ob im Urlaub oder zu Hause zumeist in einer dienenden Funktion, eben im Dienstleistungsgewerbe und nur sehr selten als gleichberechtigte Kollegen. Sie können deshalb auch nur selten erfahren, dass ausländische Kollegen das Gleiche zu leisten vermögen wie sie selbst. Positive Effekte gegenüber ausländischen Menschen entwickeln sich aber am ehesten, wenn unter Anerkennung der kulturellen Verschiedenheit **gemeinsam und gleichberechtigt** zum Zwecke der Erreichung eines Zieles gearbeitet wird. Dies bedeutet: Ich akzeptiere bestimmte Gewohnheiten meines Kollegen, die mir fremd sind. Es gibt zwischen uns keine Statusunterschiede (Nicht im Sinne von: „Ich Facharbeiter, du schaffen Material her und machen sauber“). Wir kooperieren, um gemeinsam etwas fertig zu stellen (ein Haus etwa) oder etwas gemeinsam zu organisieren (zum Beispiel ein Fest). Es reicht eben nicht, den Trommler aus Togo auch einzuladen. Besser wäre, ihn bei der Organisation zu beteiligen.

Die anhaltende Arbeitslosigkeit und die angekündigten sozialen Einschnitte lassen übrigens vermuten, dass sich die Einstellungen gegenüber Ausländern in ganz Deutschland verschlechtern werden. Oft werde ich gefragt, ob es zu unseren Untersuchungen parallele Untersuchungen im Westen Deutschlands gäbe oder darauf hingewiesen, dass die Einstellung im Westen doch besser wäre. – Dabei wird so gut wie nie das Problem angeschnitten, ob es sich bei den Ergebnissen von Umfragen um so genannte ‚states‘ oder ‚trades‘ handelt. States sind aktuelle Zustände, die zu Bewertungen führen und sich durch Bedingungsänderungen selbst sofort ändern. Trades hingegen sind Persönlichkeitszüge, die lang anhaltend wirken und nur über sehr große Zeiträume veränderbar sind. Aus der interkulturellen Forschung wissen wir darüber hinaus, dass Integration erheblich erschwert wird und negative Einstellungen gegenüber Fremden deutlich zunehmen, wenn sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Einheimischen verschlechtern. Dies befürchten wir im Augenblick deutschlandweit.

3 Restriktives bis destruktives Behördenhandeln

Behörden sind zweifelsfrei ein Faktor dafür, ob sich ausländische Menschen in einem Land für kurze oder längere Zeit niederlassen oder nicht. Sie entscheiden über die Aufenthaltserlaubnis. Und zweifellos sind viele Behördenmitarbeiter mental ähnlich gestimmt, wie ich es unter Punkt 1 dargestellt habe und sie sind durch die wirtschaftliche Misere in bestimmter Weise gerichtet. Ihnen obliegt es nämlich, die „Gefahr ausländischer Arbeitsplatzkonkurrenten“ abzuwehren. Dies stellt nach meiner Erfahrung jedenfalls einen wesentlichen Aspekt ihres Selbstverständnisses dar. Selbst wenn diese Erwartung für Asylsuchende ohnehin, aber auch für Ausländer mit Arbeitsberechtigung meist unsinnig ist.

Mein Verein besitzt relativ gute Erfahrungen über das Behördenhandeln gegenüber Ausländern. Das resultiert aus Bildungsprojekten mit chinesischen Partnern auf verschiedenen Ebenen, die wir seit einigen Jahren initiiert haben. Ich will dabei drei Ebenen unterscheiden:

1. Ebene: Bildungsreisen mit der Aufenthaltsdauer von wenigen Wochen. Auf dieser Ebene haben wir die besten Erfahrungen. Weiterzubildende chinesische Spezialisten werden von uns eingeladen. Lokale Behörden haben keine Genehmigungsrechte. Die Entscheidungen liegen bei der Deutschen Botschaft beziehungsweise bei den Konsulaten. Ohnehin berechtigt ein Visum für einen Staat des Schengener Abkommens zur Einreise in die anderen Staaten. Solche Reisen werden auch von Kommunalpolitikern gern gesehen, stellen sie doch die Internationalität der eigenen Kommune/Region ohne Risiken unter Beweis. Mit chinesischem Dienstreisepaß ist ein Asylbegehren ohnehin nicht möglich. Derartige Reisen werden weltweit in der Größenordnung von vielen Millionen jährlich durchgeführt. (Die Bewertung der so genannten „Rückkehrwilligkeit“ stellt übrigens ein ganz wichtiges Kriterium bei der Visavergabe für Aufenthalte von Menschen aus Dritte-Welt-Ländern in Deutschland dar).
2. Ebene: Studium in Brandenburg. Wir haben versucht, eine Brandenburgische Fachhochschule für die Aufnahme chinesischer Studenten zu interessieren. Die Kriterien der Kultusministerkonferenz, die in Deutschland de facto über Bildung entscheidet, sind die, dass man in China 1,5 bis 2 Jahre studiert haben muss, um sich hier für ein Studium im gleichen oder ähnlichen Fach zu bewerben. Der Präsident der Brandenburger FH war von diesem Projekt sehr eingenommen. Es gab einen Vertrag zwischen der FH und einer renommierten chinesischen Technischen Universität. Chinesische Studenten beantragten ihre Immatrikulation. Im Endeffekt wurde das Projekt durch die Immatrikulationsbehörde der Fachhochschule verhindert. Dies kann ganz einfach durch Nichtbearbeitung der Unterlagen oder Verschleppung der Unterlagenbearbeitung über Fristen geschehen oder dadurch, Kopien in englischer beglaubigter Übersetzung nicht zu akzeptieren. Dies liegt im Ermessensspielraum von Behörden (im Land Brandenburg). Den Hintergrund bilden in derartigen Fällen oft Gesetzesunsicherheit, die Angst Fehler zu machen oder Ausländerressentiments: „Warum kommen die eigentlich? Was wollen die hier? Die können doch zu Hause studieren!“ lauten die Kommentare. – In der Zwischenzeit sind solche Wege ohnehin nicht mehr möglich, weil chinesische Studienbewerber in China selbst durch eine neue deutsche Behörde geprüft und gefiltert werden.
3. Ebene: Abitur in Deutschland. Nach jahrelanger Vorarbeit und intensiven Kontakten mit chinesischen Partnern haben wir vor zwei Jahren das Projekt

‚Chinesische Schüler erwerben in Deutschland das Abitur‘ begonnen. Unser Partner ist eine Privatschule im Land, die zuvor den Status einer ‚internationalen Schule‘ erwerben musste. Der administrative Hintergrund ist der, dass die schon genannte Kultusministerkonferenz festgelegt hat, das chinesische Abitur wäre dem deutschen Realschulabschluss gleichzusetzen. Das heißt, chinesische Bewerber müssen in ihrem Heimatland bereits das Abitur erworben haben. (Derartige ‚Vergleichskriterien‘ existieren übrigens für jedes Land.) Der Papierkrieg wog Tonnen. Chinesische Schüler kamen. Nach einem Jahr behördlicher Duldung setzte im Jahre 2002 ein Umschwung im Behördendenken ein. Jeder Schüler muss in China sein Visum beantragen. Dieses Ersuchen ist durch die regionalen Ausländerbehörden in Einzelfallentscheidung zu prüfen. Plötzlich wurden die Bearbeitungen verzögert, es traten in der Mehrzahl ablehnende Bescheide auf. Der Landkreis versuchte das Projekt zu stoppen. Unser Partner, eine Privatschule, hatte Räume und Lehrer vorgehalten, Entwicklungen, die rechtlich nur allmählich abbaubar waren. Der verursachte Schaden belief sich auf mehrere 100.000 EUR und mehrere Arbeitsstellen. Wir hoffen, das Projekt dennoch gegen alle Widerstände weiterzuführen. Im kommenden Jahr werden ca. 20 dieser chinesischen Schüler ihr Abitur in Deutschland absolvieren und dann ein Studium beginnen.

Ich habe hier nicht die üblichen Beispiele des Behördenumganges mit Asylbewerbern gewählt, sondern Beispiele aus unserem Erfahrungsbereich ausgewählt. Sie stammen alle aus dem Bereich des Bildungsaustauschs oder Bildungsexportes, einem Feld, auf dem Deutschland insgesamt relativ schwach ist – jedenfalls im Vergleich mit den USA, Kanada, GB, Frankreich, Australien, Neuseeland und den Niederlanden.

Trotzdem denke ich, illustrieren diese Eindrücke ein wenig den Sachverhalt, weshalb internationale Wirtschaftsprojekte in Brandenburg nur in sehr bescheidenem Maße zu Stande kommen. Der Ruf nach ausländischen Investoren bleibt Rhetorik, wenn sich die Behördenpraktiken nicht deutlich ändern. Und viele vorzeigefähige Projekte – die gemeinsam mit ausländischen Partner realisiert werden – existieren nun wirklich nicht im Land Brandenburg.

Dafür, dass sich hier wenig tut, gibt es noch mindestens einen vierten Grund:

4 Die Ignoranz gegenüber den kommunalen Chancen, die in der Aufnahme ausländischer Menschen liegen.

Eigentlich müssten sich viele Brandenburger Kommunen darum reißen, ausländische Menschen aufzunehmen. Schulen sind Mittelpunkte von Gemeinden. In Kommunen ohne Schule zieht selten jemand zu. Die Schülerzahlen in Brandenburg sind in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Erneut drohen Schulschließungen. Aber es gilt: Lieber Brandenburgisch ordentlich und mufflig-deutsch untergehen als für den Zuzug ausländischer Mitbürger mit Kindern zu werben!

Viele Asylsuchende und Kontingentflüchtlinge versuchen, Brandenburg zu verlassen, weil es keine Arbeit gibt und die Stimmung nicht gut ist. Sie bevorzugen den süddeutschen oder den Raum Köln/Aachen.

Die Stimmung bei Bevölkerung und Kommunen scheint so zu sein: Lasst sie gehen, dann kosten sie uns nichts mehr und behelligen uns nicht mehr. Fest steht aber: Dadurch gehen dem Land nicht wenige erstklassige Fachleute, Auslandsverbindungen und Kapital verloren. Nicht alle Asylsuchenden aus fernen Ländern sind arm. Sonst hätten sie es kaum bis hierher geschafft. Und es ist unklug, Asylsuchende überhaupt allein als Kostenfaktor zu betrachten. Vielmehr sollten deutliche Anstrengungen unternommen werden, diesen Menschen eine neue Heimat zu bieten und damit auch einen Anreiz, sich hier zu engagieren – mit Arbeit und finanziell. An dieser Stelle regiert häufig kulturelles Unverständnis. Wir gehen von einem Single-Dasein und Kleinfamilien als Grundstruktur von Gesellschaft aus. Über die familiären und Beziehungsnetzwerke in anderen Kulturen herrscht bisweilen völlige Unkenntnis. Damit herrscht auch Unkenntnis darüber, was derartige Netzwerke finanziell und innovativ auf die Beine stellen können. Es ist zum Teil überraschend.

Wo sich Menschen anderer Kulturen ansiedeln, siedeln sich auch wirtschaftliche Beziehungen zu deren Herkunftsregionen an. Dadurch eröffnen sich auch neue Chancen für kleine Betriebe Brandenburgs.

In meiner Heimatstadt existiert eine kleine jüdische Gemeinde. Diese Kontingentflüchtlinge aus den GUS-Nachfolgestaaten sind unauffällig aus sehr verschiedenen Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen. Ich denke, die meisten Einwohner wissen gar nicht, dass es diese Menschen gibt. Viele dieser Migranten der Elterngeneration sind arbeitslos. Sie haben auch wenig Hoffnung für sich, sie hoffen auf ein besseres Leben für ihre Kinder. Dabei sind viele hoch qualifiziert. Hochschulabschlüsse sind normal. Zum Teil haben sie in renommierten naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen gearbeitet, finden aber hier keine Arbeit mehr. Wahrscheinlich werden sie Brandenburg verlassen, wenn sich anderswo eine Chance bietet!

Ich denke, den Kommunen Brandenburgs fehlen ernsthafte Konzepte und der kommunale Wille, um ausländische Menschen in der Region zu halten und die eigene Entwicklung voranzutreiben. Die Orientierung der Kommunen am Bild süddeutscher Kleinstadt-Flaniermeilen, die sie im vergangenen Jahrzehnt getreulich zu kopieren versuchten, kann wohl kaum den aktuellen Anforderungen genügen. Brandenburg soll zur Drehscheibe der EU-Osterweiterung werden. Ja, wie denn bitte schön? Gegen im System fest etablierte westdeutsche Produzenten ist die Konkurrenz schwer, der deutsche Markt gesättigt. Chancen bestehen in innovativen und Auslandsprojekten – Chancen, die täglich neu verspielt werden.

Zur Antwort auf den Titel des Vortrages möchte ich sagen: Natürlich sind Brandenburgs Kommunen fremdenfeindlich, unattraktiv für Fremde, obwohl Brandenburg sich dies eigentlich am wenigsten leisten kann.

Literatur

HEGEL, R.-D. und Müller, M. (Hrsg.) (1998). *Der Name des Fremden*. Berlin und Milow: Schibri-Verlag.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg (2002). *Statistisches Jahrbuch 2001*. Potsdam.

MÜLLER, M., HEGEL, R.-D. und HORSTMANN, K. (2001). *Fremde im Land Brandenburg. Eine empirische Studie zur Akzeptanz und Integration ausländischer Menschen*. kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V. (Eigenverlag).

Kerstin Kaiser-Nicht

(Auf der Grundlage des Impuls-Referates „Wird Rechtsextremismus mit Wahlen demokratisch legitimiert?“ beim kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V. am 23. August 2003.)

Wird Rechtsextremismus mit Wahlen legitimiert?

Beantworten wir die gestellte Frage mit JA, möchten wir das nicht akzeptieren. Beantworten wir sie mit NEIN, können wir das nicht so richtig glauben. Das Problem der Antwort ist also das Maß. Deshalb könnte die Frage lauten: Kann man verhindern, dass Rechtsextremismus durch Wahlen legitimiert wird? Oder: Hat das bürgerliche System das Ziel, die Absicht, den Rechtsextremismus zu legitimieren? Beantworten wir diese Fragen mit JA, können wir es wieder nicht so richtig glauben. Beantworten wir sie mit NEIN, sagen wir, worum wir uns bemühen, - was sich aber auch viele Bürger dieses Landes wünschen, die nicht in der PDS sind.

Deshalb möchte ich fragen:

Inwiefern ist es dem Rechtsextremismus selbst gelungen, sich zu legitimieren?

Und:

Wer und was hat ihm dabei geholfen?

Zu berücksichtigen ist, dass auf der Ebene des Staates und somit der Wahlen der Begriff *Rechtsextremismus* sehr eng auf das Grundgesetz bezogen wird. In der Praxis von Polizei und Verfassungsschutz gelten diejenigen Kräfte als rechtsextremistisch, die die „Freiheitlich-demokratische Grundordnung“ (FDGO) gewaltsam abschaffen, überwinden wollen. Dabei sind für die FDGO kennzeichnend: Grund- und Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit der Parteien einschließlich der Oppositionsfreiheit. Bereits die geplante Abschaffung einer dieser Säulen der FDGO genügt für die Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit. Die „kämpferische, aggressive Haltung gegen die FDGO“ muss nachgewiesen werden. (entsprechend einem Bundesverfassungsgerichtsurteil 1956)

Welches Problem mit dieser höchstinstanzlich festgeschriebenen Verengung entsteht, sehen wir an der Tatsache, dass die NPD wohl klar als rechtsextremistisch, in diesem Jahr aber nicht offiziell als verfassungsfeindlich eingestuft wurde.

Wenn ich also nach der Legitimierung durch demokratische Wahlen frage, habe ich die kulturelle und wissenschaftliche Ebene der Debatte (z. B. um Werte, Vorurteile, Ängste, Geschichtsauffassung, Nationalismus, Rassismus, Autoritarismus, Gewaltbereitschaft, Totalitarismus) bei der Definition von Rechtsextremismus wohl im Kopf, kann sie aber hier nicht im Einzelnen ausführen.

Legitimation meint (staatsrechtlich), dass wahlberechtigte BürgerInnen ihre Repräsentanten bestimmen, die für sie über einen bestimmte Zeitraum politische Entscheidungen treffen. Vorausgesetzt wird hier, dass die Minderheit die Entscheidungen der Mehrheit akzeptiert. Legitimation hat aber neben der politischen auch eine moralische Seite. Also: Selbst wenn die fünf DVU-Abgeordneten im Landtag Brandenburg politisch legitimiert sind, sind sie dies – im Verständnis der Mehrheit der BrandenburgerInnen - durchaus nicht im moralischen Sinne.

Ein weiteres „Aber“ ist die Tatsache, dass das Grundgesetz selbst in der alten wie der erweiterten Bundesrepublik nie demokratisch legitimiert wurde, z. B. durch eine Volksabstimmung. Es gibt also keine gesamtdeutsche Verfassung. Wir besprechen an dieser Stelle nicht den Bestand des Grundgesetzes, dies hat sich in der Geschichte bewährt. Offensichtlich konnte jedoch allein die Existenz des Grundgesetzes die Existenz von gegenwärtig achttausend registrierten Neonazis und den Einzug einiger ihrer Vertreter in Parlamente nicht verhindern. Das ist eine Tatsache.

Wir wollen verhindern, dass rechtsextreme Kräfte in diesem Staat durch Wahlen demokratisch (und moralisch) legitimiert werden und somit durchaus auch als qualifizierte Minderheit zum politischen Machtfaktor werden. Meine Gedanken sollen diesem Ziel sowie als Impulse für die folgende Diskussion dienen.

Erstens:

Ich gehe davon aus, dass Rechtsextremismus in der Bundesrepublik mehrheitlich weder politisch noch moralisch legitimiert ist. Ich teile außerdem die These von Ralf Dahrendorf, dass in Deutschland zwar der Zuspruch zu autoritären Politikformen wächst, nicht jedoch zu totalitären.

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass Deutschland nicht das Mutterland der Demokratie ist. Der Zuspruch zur westdeutschen Demokratie und seinem Sozialstaat entwickelte sich immer parallel zur materiellen Sicherheit, zum massenhaften Wohlstand der Bevölkerung. „Wirtschaftswunder“ verband man im Kopf mit Demokratie und umgekehrt. Auch das ist eine Tatsache.

Der Blick in die Geschichte der BRD ergibt folgenden „Konjunkturzyklus“ bei den Wahlergebnissen für Rechtsextreme:

1. Die Nachfolgeparteien von Anhängern der NSDAP haben 1953 ausgedient.
2. Ende der sechziger Jahre gab es einen kurzzeitigen Aufschwung, die NPD erreichte 1969 bei den Bundestagswahlen 4,3 Prozent.
3. Seit 1989 ist die Präsenz von REP, NPD und DVU in der Summe relativ stabil, auch wenn das Wahlergebnis auf Grund ihrer Zersplitterung nicht für das Überwinden der Fünf-Prozent-Hürde bei den Bundestagswahlen reichte. Höhepunkt war die Wahl der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt 1998 mit 12,9 Prozent. In Brandenburg hat die DVU seit 1999 fünf Abgeordnete im Landtag, drei von ihnen kamen übrigens aus meinem Heimat-Landkreis Märkisch-Oderland.

Bei einer Wahlentscheidung verbinden sich subjektive Ansichten, kulturelle Zugehörigkeit, die Vorurteile oder Ängste eines Menschen auf komplexe Weise mit äußeren Faktoren: Direkt beeinflussen seine politische Orientierung und seine politische (Un)Zufriedenheit die Wahl, indirekt aber auch die Themen, Grundpositionen und Kandidaten anderer Parteien.

Sehe ich mir in Märkisch-Oderland die Wahlergebnisse von DVU und REP an, so fällt auf: Den größten Zuspruch -- in Summe zwischen 6 und 9 Prozent -- erzielten diese Parteien bei der Landtagswahl 1999 in den kleinen, ländlichen, berlinfernen Orten, in denen wenig wirtschaftliche, kulturelle und soziale Infrastruktur existiert.

Es gibt einen Unterschied zwischen der Unterstützung rechtsradikaler Ideen und Einstellungen und der Wahl einer Partei, die gleich lautende Ideen im Programm hat. Vergleichen wir also die Wahlergebnisse mit den Umfrageergebnissen für einzelne zentrale Themen oder Ansichten, die zur rechtsextremen Ideologie gehören, wird klar: Der Löwenanteil rechtsextremistisch eingestellter Personen in der Bundesrepublik stimmte bislang stets für CDU oder gar SPD. Diese Art von Integrationsfähigkeit wird den beiden großen Volksparteien gelegentlich als besonderer Verdienst angerechnet.

Bestimmte rechtsextreme Ansichten können also die Köpfe der Menschen gewinnen, werden im Alltag teils moralisch legitimiert, die politische Legitimation bleibt ihnen vorerst aber versagt. Für das Land Brandenburg stelle ich fest, dass dieser Prozess in den letzten Jahren mindestens verlangsamt werden konnte. Nicht zuletzt durch das Handlungskonzept für ein „Tolerantes Brandenburg“ und die umfangreiche Präventionsarbeit, bei der staatliche und gesellschaftliche Kräfte zusammenwirken, wird versucht, Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt den Nährboden zu entziehen. Hier bleibt anzumerken, dass fehlende Kompetenz und Präsenz z. B. der DVU-Abgeordneten im Lande – man möchte fast sagen: zum Glück! – auch nicht zur politischen Legitimation rechtsextremer Kräfte beiträgt.

Zweitens:

Die Politik des „Westens“ wird unübersehbar vom Neoliberalismus geprägt. Den Hintergrund dafür bilden Globalisierung und die zunehmend entgrenzte Macht transnationaler Unternehmen und Kartelle. Im menschlichen Zusammenleben wirkt das Konkurrenzprinzip ungeschützt angesichts der Massenarbeitslosigkeit. Traditionelle Bindungen (Familien, Schichten, regionale oder nationale Zugehörigkeit) lösen sich auf. Um den eigenen Status quo zu retten, sehen immer mehr Menschen die politische Lösung darin, ihre Interessen hinter neuen Mauern nach außen und innerhalb der Gesellschaft zu sichern. Wenn also soziale Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten zunimmt, wenn Vertrauen in die Lösungskompetenzen der demokratischen Parteien und in ihre Politiker schwindet, wachsen Unglaube und Politikverdrossenheit.

Parallel dazu wird derzeit direkte Demokratie und parlamentarische Mitwirkung in den Kommunen ausgehöhlt. Denken wir nur an die von Bund und Land ausgeplünderten kommunalen Haushalte. Erst wurde gekürzt, jetzt wird abgeschafft, was den Heimatort lebenswert macht. Eine funktionierende Bürgergesellschaft ist in unserem Verständnis aber die nötige zweite Seite des Parlamentarismus. Wo sie geschwächt wird, leidet die Demokratie.

Regierungsoffizielle Politik reagiert bevorzugt mit dem Abbau von sozialen und Bürgerrechten sowie mit dem Einschwören von Anhängerschaft und Bevölkerung auf die Autorität der Spitzen-Männer. Werden dann noch Themen oder Positionen, die traditionell rechtsextremem Gedankengut zugeordnet werden, z. B. nationalistische oder rassistische, aber auch sozial-selektive Positionen von den „großen Volksparteien“ aufgenommen (z. B. Kinder statt Inder. -- Das Boot ist voll! – Sozialschmarotzer – Frage nach der Effektivität medizinischer Behandlung bei alten Menschen), – leistet dies ohne Frage der wachsenden moralischen und politischen Legitimation rechtsextremer Kräfte Vorschub. Der Zusammenhang zur derzeitigen Debatte um den Sozial-Staatsstreich „Agenda 2010“ ist offensichtlich.

Es bleibt hier festzustellen: Standortnationalismus und Selbstbeschränkung neoliberaler Politik, die den Ausgleich von Zumutungen und Ängsten der Menschen nicht mehr als ihre Aufgabe begreift, ist Bestandteil des Problems zunehmender Akzeptanz rechtsextremer Positionen und Politik.

Drittens:

Es braucht also eine neue, langfristig gedachte Politik. Die größtmögliche Chance für die Abwesenheit von Rechtsextremismus liegt darin, dass staatliche und gesellschaftliche Kräfte darauf zielen, möglichst viele Menschen und die Dynamik dieser (demokratisch verfassten) Gesellschaft zu integrieren. Integration erfolgt nicht nur durch Erwerbsarbeit, sondern auch durch kulturelle oder soziale Prozesse, die dem Menschen signalisiert: Du befindest dich in den Lebensprozessen dieser Gesellschaft, du gehörst dazu, du wirst gebraucht, du kannst für dein Leben Entscheidungen treffen.

Wichtig ist, dass dies passiert, *bevor* der betreffende Mensch zur Anhängerschaft rechtsextremer Parteien oder Gruppierungen findet. Wenn er erst einmal außerhalb der Gesellschaft steht, wird es schwierig.

Wenn in den Dörfern im Oderbruch Jung und Alt keine Wahl mehr haben außer Arbeitslosigkeit, Bushaltestelle oder In-den-Westen-gehen, dann besteht die Aufgabe der Politik in der Suche nach den Alternativen.

Zum Weiterlesen:

Alice Brauner-Orten: Die Neue Rechte in Deutschland – Antidemokratische und rassistische Tendenzen. Leske und Budrich: Opladen 2001. ISBN 3-8100-3078-3

Frank Decker: Parteien unter Druck – Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Leske und Budrich: Opladen 2000. ISBN 3-8100-2860-6

Umberto Eco: Der immerwährende Faschismus, in: Vier moralische Schriften. Carl-Hanser-Verlag: München, Wien 1998. ISBN 3-446-19283-2

Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.) : Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz. Leske und Budrich: Opladen 2001. ISBN 3-8100-3115-1

Impressum:

„kommunalpolitisches forum Land Brandenburg“ e.V.

Sitz: Alleestraße 3, 14469 Potsdam

✉ Geschäftsstelle NOB Heinersdorfer Straße 8, 16321 Bernau

Kontakt: ☎ 03338/45 92 93; 03338/45 92 94 📠 03338/45 92 95;

info@[kf-land-brandenburg.de](mailto:info@kf-land-brandenburg.de)

www.kf-land-brandenburg.de

Vorsitzende: Dr. Dagmar Enkelmann

V.i.S.d.P: Margitta Mächtig, Geschäftsführerin